

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62681](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62681)

Rede des Abgeordneten Wibel I. über den Anschluß an das Berliner Bündniß.

Meine Herren! Ich muß mir erlauben, zuerst auf einen Punkt aufmerksam zu machen, den der Bericht des Central-Ausschusses übergangen und der Bericht des Special-Ausschusses nur oberflächlich berührt hat, die Frage nämlich: in welcher Form sind wir überall im Stande, unsere Zustimmung zu dem 3 Königsbündniß zu ertheilen? Nach Art. 242. unseres Staatsgrundgesetzes kann eine Abänderung der Verfassung nur beschloffen werden auf zwei nach einander folgenden Landtagen und dann jedesmal mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit. Daß nun die Frage, welche wir hier zu entscheiden haben, eine Verfassungsänderung betreffe, dagegen habe ich noch keine haltbare Einwendungen gehört. Die Gründe aber, welche der Special-Commission vorschwebten bei ihrem Auspruch über diese Frage, waren hergenommen zuerst aus dem Art. 159. des Staatsgrundgesetzes, worin steht, die Gesetze des deutschen Reichs und die Erlasse der allgemeinen deutschen Regierungsgewalt haben ohne Weiteres im Großherzogthum Oldenburg verbindende Kraft. Darüber kann gewiß kein Zweifel sein, daß wir diesen Gehorsam aufkündigen, wenn wir dem 3 Königsbündniß beitreten. Man hat wohl freilich schon im Voraus dagegen einwenden wollen, wir setzten nur statt der einen Regierungsgewalt eine andere an die Stelle. Dieses Argument aber kann wohl im Ernste kaum gemeint sein, denn damit wahrscheinlich stoßen wir viel um, den Staat und die Constitution selbst; wir könnten am Ende das Staatsoberhaupt selbst mit einem andern vertauschen und sagen: wir thun nichts gegen das Staatsgrundgesetz, das Staatsoberhaupt ist wieder da, nur ein anderes! Eben so erheblich für unsere Frage ist zweitens der Art. 43. des Staatsgrundgesetzes, der doch durch einfachen Majoritätsbeschluß gewißlich nicht abgeändert oder aufgehoben werden kann, und den ich nur beispielsweise anführen will als einen von den vielen, die wesentliche Abänderungen durch den Berliner Entwurf leiden würden. Dieser Artikel unseres Staatsgrundgesetzes, welcher von der Pressefreiheit handelt, schließt zunächst die Einführung der Censur aus und fährt weiter fort: die Pressefreiheit darf nicht beschränkt werden, weder durch Postverbote, Sicherheitsbestimmungen u. Der Berliner Entwurf hat diesen letzten Satz weggelassen, und stellt im Uebrigen wie die Reichsverfassung aus Frankfurt ein allgemeines Pressegesetz in Aussicht, aber nicht, wie jene, unter dieser in den deutschen Grundrechten vorher sich selbst gesetzten Schranke, legt also dem Reichstage die Befugniß bei, zwar nicht die Censur, aber jene anderen Beschränkungen wieder einzuführen. Der Wechsel in diesem Rechte ist eine von den vielen aus dem Berliner Entwurfe sich ergebenden Abänderungen unserer Verfassung. Was nach unserer Verfassung unmöglich ist, wird jetzt möglich. Die Thatfache, ob es schon geschehen sei, brauchen wir nicht abzuwarten, das wäre die Rechtsverletzung; und wir sprechen von der Rechtsveränderung. Mag das für Manche kein erheblicher Punkt sein, den ich hier beispielsweise nannte. Andere, und ich mit ihnen, werden großen Werth darauf

legen; denn wir wissen, daß Pressefreiheit die Grundlage des constitutionellen Lebens ist; ohne völlige Pressefreiheit ist die constitutionelle Monarchie eine Unmöglichkeit. Das hat man freilich noch lange nicht überall eingesehen, wo man nichts desto weniger sich zu dieser Staatsform bequemen will. Indessen die traurigsten Erschütterungen haben das Vaterland darüber belehrt, und uns sei das um so mehr Veranlassung, die Abänderungen unserer Verfassung für erheblich zu halten und zu dem Beschluß uns zu vereinigen: nach unserm Staatsgrundgesetz — kann der Beitritt nicht anders vom Landtage erklärt werden, als auf einem zweimal nach einander mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit gefaßten Beschluß. Freilich hat uns der Bericht der Majorität des General-Ausschusses diesen Einwand abschneiden wollen durch seine Bedingungen, die er stellte, namentlich unter Nr. 3. Meine Herren! Von diesen Bedingungen hat Ihnen der Berichterstatter viel Gutes versprochen und verheißt. Aber daß Bedingungen für den Anschluß an das Berliner Bündniß nicht zugelassen werden, das ist so bekannt, daß Niemand nach Gründen dafür weit zu suchen braucht. Wer nur je in den letzten Tagen in den öffentlichen Blättern sich umgesehen und um die Sache sich bekümmert hat, der weiß, daß auf diese Bedingungen nicht eingegangen werden kann, möchten sie auch noch viel vorsichtiger gefaßt sein, als die des Central-Ausschusses es wenig sind. Ich lege ganz und gar keinen Werth auf diese Bedingungen. Ich weiß freilich sehr wohl: in andern Landesversammlungen hat man solche oder andere Bedingungen gleichfalls gestellt. Ich weiß aber auch, und Sie wissen es mit mir, man hat dadurch sich selbst und Andere nur getäuscht. Von mehreren Staaten ist der Beitritt mit solchen Bedingungen erklärt worden, aber diejenigen, welche sie stellten, sind damit entthört und bethört gewesen! Komme ich nun auf die Hauptfrage, so müssen wir vor allen Dingen zunächst des Standpunktes recht klar uns bewußt werden, auf welchem wir stehen. Das thut uns besonders Noth dem Ausschußberichte gegenüber, den der Berichterstatter der Majorität uns vorgelesen hat, welcher sich auf einem Gebiete von Gedanken, Vorstellungen und Redewendungen bewegt, das wir in dem Gothaer Programm und in Tagesblättern vielfach schon haben betreten sehen, und womit man die Meinungen zu gewinnen versucht hat für das Bündniß. Jene aber, deren Gedanken hier so wiederholt sind, standen, als sie das dachten, schrieben und sagten, auf einem ganz andern Boden, als wir heute hier stehen. Jeder stand dort mit der Berechtigung des Subjects, des Vaterlands-Freundes etwa, der nach freiem Belieben geltend machen will und darf, was ihnen das Angenehmste und Wünschenswertheste zu sein scheint, ganz vom eigenen Standpunkte aus. Alle diese Männer durften bei ihrem Urtheile und Rathe ihren Sympathien und Antipathien, ihren Consequenzen und Differenzen vollberechtigt unbedingt freien Lauf lassen. Wir aber stehen eng in den Schranken unseres Mandates! Als Vertreter des Volkes haben wir die Wahl zu treffen für das Volk, seinem Bedürfniß, nicht unserer Doctrin zu lieb. Aus diesem Gegensatze, glaube ich, finden wir unsern abweichenden



Weg. Ich habe hier zu entscheiden, was soll Recht sein, nicht für mich oder für den Einzelnen von uns, sondern für Diejenigen, die uns erwählt haben, deren künftiges Leben wir hier normiren sollen, heilsam oder verderblich durch unsern heutigen Beschluß. Ein Gothaer Abgeandter, der auch in Frankfurt uns vertrat, hat uns den Gedanken zurückgebracht, er wolle Knechtsdienste thun, um dadurch zu der Freiheit zu gelangen. Ich weiß, meine Herren, das Wort ist vielfältig mit Hohn wiederholt worden; ich habe diese Auffassung nicht getheilt; ich kann mich wohl auf einen Standpunkt als Einzelner stellen, daß jenes Wort einen tiefen, ehrenwerthen Grund hat, aber auch nur für den Einzelnen, nämlich Knechtsdienste zu thun für die Brüder. Wir aber ständen hier in diesem Saale dann vielmehr vor der Frage: wollen wir unser Volk Knechtsdienste thun lassen? — und da wird die Antwort wahrlich eine andere sein. Ein treuloser Knecht kann freilich das Haus seines Zwingherrn, in welches er eintrat, stürzen. Und so könnten auch wir unser Volk auf den Standpunkt dieses Programms führen wollen, in das Bündniß einzutreten mit dem Vorsatze, dasselbe von seinem Ziele weit ab und dem unsrigen zuführen zu wollen. Ein treuloser Knecht, der mit solchen Gedanken in den Dienst seines Zwingherrn tritt, kann dessen Haus stürzen. Aber, meine Herren, wollen wir eine so treulose Politik üben? wollen wir unser Land in einen solchen Weg leiten? Bleiben wir fern von einem Bündnisse, von welchem sein wärmster Lobredner uns nichts verheißt, als Knechtsdienste. Nicht anders wollen wir diesem Bündnisse uns fügen, als wenn wir durch die zwingendsten Gründe, durch die dringendste Noth demselben zugetrieben werden, einem Bündnisse, von dem auch meiner Ueberzeugung nach nichts zu hoffen ist als Knechtsdienste. — Was dann aber statt dessen unser Volk will, was wir Alle wollen, darüber kann die Frage nicht einen Augenblick zweifelhaft sein. Wir wollen die Reichsverfassung! Die Reichsverfassung, so wie sie beschloffen ist in Frankfurt am Main, unser Recht und Gesetz. Diese Reichsverfassung ist das Panier des deutschen Volks, und wird es sein und bleiben in allen Zeiten und bei jeder Erhebung, und so oft das Blut einmal wieder wärmer sich drängt durch die Adern der Deutschen, so wird die Reichsverfassung das Symbol sein, an das Millionen Herzen und Hände sich klammern, sie wird dem deutschen Volke die Verfassung der Spanier vom J. 1812 sein. Die sofortige Durchführung derselben nun direct und gerade anzustreben, das wird Niemand unter uns anrathen wollen; der Weg dahin ist verlegt, und ich will nicht eingehen auf die Anklage, durch wessen Schuld es soweit gekommen ist. Zugehen wollen und können wir aber nicht, daß sie, wie der Ausschußbericht sagen will, eine Unmöglichkeit geworden ist. Sie ist so wenig eine Unmöglichkeit, daß sie vielmehr Deutschlands Nothwendigkeit ist. Zugehen müssen wir das dem Ausschusse namentlich damit nicht, wenn der Ausschußbericht an einer andern Stelle der bessern Einsicht war, zu sagen, man solle nicht verzweifeln an dem Erfolge in politischen Dingen, so wenig als in andern Verhältnissen des Lebens. Verzweifeln soll man allerdings in keiner Lage, und am wenigsten an der

Durchführung eines Rechts. Abgehend aber dennoch von dem directen Wege der Durchführung können wir es verantworten vor unserm Volke, für welches wir durch Annahme irgend eines andern Vorschlags verzichten sollen und müssen auf die Reichsverfassung, können wir es verantworten nur unter der einen Bedingung, daß es sich nur um den Weg handelt und nicht um das Ziel, daß wir auf dem einen Wege, wie auf dem andern, das einmige Ziel erreichen. Ob nun der Berliner Entwurf zu jenem unverbrüchlichen deutschen Ziele befriedigend uns führen kann? Wir Alle haben uns das Urtheil darüber gebildet und es ist keiner unter uns, der den Schritt des Beitritts anders zu thun für denkbar hält, als mit gebeugtem Haupte und nothgedrungen; und so sind nicht nur wir, so sind alle unsere deutschen Brüder; man wach nur der Nothwendigkeit, wo man zum Beitritt sich verstand, man thats nur mit trauerndem Herzen, wo man den Beitritt erklärte. Aber erlauben Sie mir doch, meine Herren, einige Punkte auch im Einzelnen zu berühren auf die der Bericht der Commission so eindringlich nicht hat eingehen können des Raumes wegen. Was kann, was mußte der Zweck des Königsbündnisses sein, und alles und jeglichen, welches in dieser Zeit für Deutschland geschaffen werden sollte? Nichtig steht das Wort und klar an der Spitze auch dem Berliner Bündnisse: Beendigung der Revolution. Die Revolution soll und muß beendet werden, ein geordneter sicherer Rechtszustand, eine gedebliche Form des bürgerlichen und staatlichen Lebens muß hergestellt werden, das war die Aufgabe aller staatenbauenden Thätigkeit dieser unferer Tage, das vorgesteckte Ziel aller derer, die die Mission gehabt haben, zu reden und zu antworten im Namen des Volks. Aber auf diesem Wege da, den das Berliner Bündniß abentheuernd einschlägt, wird die Revolution nicht gehemmt, sie wird auf ihm verewigt. Sie wird verewigt! Das Wort ist den Berliner Staatskünstlern schon hart mahnend an das Ohr getreten von Orten her, welche Preußen die einverständenen und verbündeten nennt. Das Sinnen und Streben des Volkes geht nach Einheit und Freiheit, diesem soll Genüge geschehen, damit Friede werde, denn es war keiner und konnte keiner sein, so lange des Volkes Freiheit mit Füßen getreten wurde. Aber was thut man dazu? Die constitutionelle Monarchie will sich in dem Bündnisse unter den Fürsten befestigen und der mächtigste Factor im constitutionellen Staate, das Volk, ist dabei ganz außer Berechnung gelassen. Die andere Klippe, an der das Werk scheitern muß, ist das Wahlgesetz. Freilich sagt man in Gotha: „Es ist ja nur ein Wahlgesetz.“ So viel Lärm bloß um ein Wahlgesetz? und der Berichtstatter der Ausschussmehrheit macht uns die schönsten Hoffnungen, wie sich das Wahlgesetz abändernd nach den Verhältnissen unseres Staates bilden werde. Das aber kann ich gerade nur fürchten. Die Abänderungen, hat uns der Berichtstatter gesagt, werden geschehen zu Aufrechthaltung des Princips. Ja wohl werden sie das! Ist mir aber dieses Wahlgesetz unleidlich, so ist es seines Princips halber; je mehr man es nach seinem Princip anpaßt, desto verwerflicher, desto schuldwürdiger wird es für unser Land, und uns wäre besser, es bliebe unabgeändert, daß in

den Nutzträglichkeiten seiner Anwendung das abscheuliche Prinzip seine Wirkung verhehlt. Uebermüthig sagt man dagegen: was liegt daran? die Kraft des Volkes muß und wird so groß sein, daß sie trotz des Wahlgesetzes die rechte Stimme auf dem Reichstage abgeben wird. Soll auch das einer von den Berliner Täuschungen nachgeredet sein? Der Täuschungen sind im Berliner Bündnisse so viele, ein solches Gewirre, daß man wahrlich kaum an demselben hingehen kann, ohne selbst in eine solcher Täuschungen verstrickt zu verfallen. Ja das wäre eine große Täuschung! Das Volk soll die Kraft haben, zu reden, wo man ihm den Mund verstopft? es soll sich Gehör verschaffen, wo man ihm den Einlaß versperrt? Allerdings ist nicht darum zu thun, wie gewählt wird, sondern wer gewählt wird. Aber wenn das Volk seinen Vertreter nicht findet, seinen rechten Sachführer nicht haben kann um des Wahlgesetzes willen, dann kann es sein Recht nur noch finden auf dem Wege der Revolution, und diesen Weg wollen wir nicht. Daß das ganze Berliner Gebäude mit seinen verschiedenen Gewalten und Häusern eines über das andere gebaut, mit allen den freiheitsfeindlichen Normen, die in den Entwurf eingeschwarz sind, und in der Denkschrift gar noch die schwarze Ausdeutung gefunden haben, kein ehrlicher Constitutionalismus sei, brauche ich im Einzelnen nicht nachzuweisen. Wir wissen das klar genug; ja es soll auch gar nicht anders sein. Wird doch dem Berliner Bündnisse von seinen Verfassern und seinen Verteidigern selbst zum Lobe unverhohlen nachgesagt, daß der Schein-Constitutionalismus dadurch wieder eingeführt und der Zustand vor dem März 1848 zurückkehren werde, uneingedenk der stuchwürdigen Folgen, die gerade dieser Schein-Constitutionalismus in Deutschland zurückgelassen und tief eingeführt hat. Wie viele Grunzgeschäften des März 1848 dabei zu Grunde und verloren gehen würden — im Einzelnen herzuzählen, es gäbe ein gar traurig Bild. Das heißt aber, wenn die Sache so steht, die Revolution verweigern, wenn man ihr den Quell nicht verstopft. Der Berichterstatter des Ausschusses spricht zwar von einer Gemeinsamkeit, aber einer Gemeinsamkeit des Druckes, und das ist gerade die Gefahr, die wir sehen in dem Dreikönigsbündnisse; darum weisen wir es zurück und sagen: es wird zerstörend wirken nicht bloß für unsere Staatsform, sondern für die Monarchie überhaupt, und vielleicht für die Civilisation Deutschlands. Wenn noch Gefahr ist eines solchen verwüsteten Umsturzes, so ist sie in diesem Königsbündnisse. Die Monarchie ist in dem Sommer des vorigen Jahres bedroht gewesen, wie der ganze sociale Zustand. Der Sturm wurde glücklich beschworen. Der Genius Deutschlands wird auch jetzt wieder wachen, es wird nicht geschehen, was man damals zu fürchten alle Ursache hatte. Aber auf dem Wege vorzuschreiten, den man im Cabinet von Berlin ausgenommen hat, das wäre der Weg in die Verwüstung, den nur die Verblendeten können verfolgen wollen. Der Zweck soll sein die Befestigung der Einheit Deutschlands. Daß diese Einheit nur sehr schwach betont wird, ist uns bekannt genug; man hat sich sogar nicht geschent, sie geradezu zu verneinen. Die Könige wollen nicht ein Bündnisse, dem Alle beitreten müssen; nein, sie haben es dreist ausge-

sprochen, es besteht auch allenfalls unter einigen wenigen Staaten, wenn es nur zu dem gewünschten reaktionären Ziele führt. Also hat Einheit schaffen wir Zerrissenheit Deutschlands in ein Süd- und Norddeutschland; und, wahrlich, wir brauchen das Auge nicht weit umher blicken zu lassen, so sehen wir schon die Art und Weise, wie man dabei zu Werke gehen wird, handgreiflich. Lassen Sie uns, sagt man, nur erst eng anschließen in Nord- und Mitteldeutschland, dann wird der Süden bald nachfolgen müssen. Ich aber sage Ihnen und sehe es klar und gewiß, je enger wir uns im Norden anschließen an Preußen, desto unausbleiblicher nöthigen wir unsere Brüder in Süddeutschland, sich eng anzuschließen an Oesterreich, und dann haben wir, was der größte Fluch des Vaterlandes wäre, ein Nord- und ein Süddeutschland; ja, wir haben das, was zu vermeiden das Streben aller wackeren, heilshebenden und kräftiger von Liebe zum Vaterlande durchdrungener Herzen gewesen ist seit den Tagen Luther's und seiner Reformation; wir haben ein protestantisches und ein katholisches Deutschland, wir haben unsere Nation zersplittert und geschieden auf Nie wiedersehen. Wie aber sieht es äußerlich aus mit diesem Dreikönigsbündnisse und mit seiner Haltbarkeit! Wahrlich, wie es innerlich ein Gewirre von Täuschungen mit Recht schon genannt worden ist, so ist auch selbst der Name dieses Bündnisses eine Täuschung, denn ein Dreikönigsbündnisse mag man das Ding nicht länger mehr nennen. Ganz kürzlich noch, so hörten wir, war in Berlin große Freude, weil man sicher sein zu können glaubte, die Abgesandten von Sachsen und Hannover hätten annähernde Instruktionen erhalten. Meine Herren, was ist das für ein Bündnisse, wo solche annähernte Instruktionen zur Freude reichen müssen! Wir haben noch ganz in den letzten Tagen, ferner in den Preussischen Regierungsblättern gelesen, man habe nunmehr die Aussicht gewonnen, daß in Hannover und Sachsen mehr als früher Geneigtheit bestände, den Reichstag zu beschicken. Meine Herren, wie abgeneigt muß man in diesen beiden anderen königlichen Cabinetten dem ganzen Bündnisse gewesen sein, wenn das ein Grund zur Freude war! Am allerletzten aber haben wir aus den Vorlagen, welche den preussischen Kammern gemacht sind, zum Beweise, wie es mit dem Bündnisse eigentlich stehe, z. B. ersehen, daß von Sachsen (trotz aller oft abgegebenen Versicherungen des Eigenthums) doch „besondere Erklärungen“ abgegeben sind, die man, wie Preußen sagt, „im Vertrauen auf die Loyalität des Verbündeten angenommen hat!“ In dieses Gewirre eines sogenannten Bündnisses sollen wir unsern kleinen Staat schuglos und unbefonnen hincinsürzen? Nimmermehr! Unser Ministerium rath es uns dennoch an; und zu unserm Ministerium haben wir Vertrauen? Aber ehe wir diese Frage beantworten, wollen wir das Auge nicht verschließen gegen Vorgänge, wodurch wir selbst und auch unser Ministerium beirrt werden könnten. Da möchte es uns denn schon zunächst Ueberlassung erregen, daß wir in dem Schreiben des Staatsministeriums vom 23. August bei der dringenden Mahnung an Erstattung unsers Ausschussberichts hören mußten, es seien immer dringender sich gestaltende politische Verhältnisse, die zu dem Antrage nöthigen, während 6

Tage später an derselben Stelle bei Gelegenheit des Antrags über Einführung der Anschaffungen für das Cavallerie-Regiment, das Ministerium von den augenblicklich weniger dringend erscheinenden politischen Verhältnissen sprach. (Sachen in der Versammlung.) Nein, nein! meine Herren, darin liegt eine mich ermutigende Wahrheit, die ich zum Abschluß meines Vortrags benutzen will, nämlich die, daß man in dieses Gespinnst von Trug und Täuschung an einem Tage nicht klar hineinschauen kann, daß jede Sonne, die darüber aufgeht, einen neuen Blick hinein eröffnet, und daß mit jedem Tage ein helleres Licht über die Wirren sich verbreitet, welche die Zerfahrenheit des Ganzen verbürgen. So dürfen wir uns also keiner leeren Hoffnung hingeben, wir müssen zu dem Schluß gelangen, es kann nichts aus dem Bündnisse werden, es besteht nicht für heute, vielweniger für eine Zukunft. Von uns ist die Antwort zu geben, nicht für uns, nach unserm Belieben, sondern für die, die uns gewählt haben. Ihm wir darin nach unserer Schuldigkeit, unbekümmert um das, was Andere vielleicht thun werden und was wir nicht zu verantworten haben. Lassen wir also die Cabinetspolitik, die jetzt das Bündniß schmiedete, nur noch eine Weile sich abarbeiten in Zwiespalt und Gedankenlosigkeit, und zertheilen werden sich bald die drohenden Völker, die sich über uns erheben, und jene Politiker selbst werden bald zu der Einsicht kommen, daß auf dem Wege, den sie eingeschlagen haben, keine Einheit erzielt wird. Dann, meine Herren, blüht bald dem Vaterlande ein hellerer Tag; dann ist zu Schanden geworden auch dieser Versuch der Reaction, und die ganze Ohnmacht der Cabinets-Politik, die wohl nie, so lange die Geschichte berichtet hat, größer gewesen ist, weil völlig ans Licht gezogen, als in unsern Tagen. Ihr ist vielleicht ein für allemal ein Ende gemacht, seitdem man den rechten Gedanken gefaßt hat von der Staatsform der constitutionellen Monarchie, als der allein haltbaren. Was das Volk allein nicht zu Stande bringen konnte, noch weniger aber die Fürsten allein ohne das Volk, damit werden dann Fürsten und Volk in Eintracht den Versuch zu machen haben. Fürst und Volk in Eintracht, das ist die constitutionelle Staatsform. Dann wird sich also befestigen, was wir erreichen wollten, und was man auch zu wollen in Berlin vorgegeben hat. Warten wir das ab! Gile hat es ohnehin nicht mit unserm Beitritt. Zwar hat man auch in Bremen die beratenden Körper durch den Ruf behörden und schrecken wollen; sie müßten schnell sein, und einen Abgesandten nach Berlin schicken in den Verwaltungsrath. Wir aber, meine Herren, wissen das besser; wir wissen, daß unser Abgesandter Sitz genug hätte im Verwaltungsrath, aber keine Stimme abzugeben. (Gelächert.) Wir wissen, daß ein

Stimmrecht für die anderen Staaten, außer den dreien, vorerst noch nicht gegeben wird; wir brauchen daher diesen Gesandtschaftsposten noch nicht zu berücksichtigen im Budget; eben so wenig brauchen wir einen Oberbefehl über unser Heer, das wir die Freude haben, reducirt zu sehen auf den Bestand, der die Kräfte des Landes nicht übersteigt. So freudig die Verheißung von jener Reduction hier aufgenommen wurde vorgestern, so trübe müßte sie nach wenigen Tagen wieder in Nichts zerfallen, wenn heute beschlossen würde, was man in Berlin von uns fordert, was das Dreifönigsbündniß den Plan hat durchzusetzen mit Bajonetten; denn anders geht es nicht. Was dann die Folgen sind von solchem Veruhigungssystem, das liegt übersichtlich ausgebreitet vor uns in der preussischen Finanzvorlage: ein Deficit von 5 Millionen! In Preußen hat dieses Deficit leicht gedeckt werden können aus den Ueberschüssen der Jahre 1847 und 1848. Wir, meine Herren, haben keine Ueberschüsse; die gesegneten Jahre sind an uns vorüber gegangen, ohne daß wir etwas zurückgelegt haben. Wir haben auch unser Deficit groß genug ohnehin schon und seine Deckung ist Druck. Mag also einstweilen das Ding draußen sich abarbeiten bis es zerfällt; aber wir wollen beharren in dem, was man versucht hat lächerlich zu machen als eine Neutralitäts-Stellung; es ist aber der passive Widerstand gegen das Unrecht, und so weit wird der Genius des deutschen Volkes sein Auge nicht von uns abgewendet haben, daß seinen Widerstehern der Sieg verbliebe. Es wird, es muß dereinst kommen, daß das Licht, das Recht und die ewige Wahrheit siegen. Man sagt uns freilich, die Macht ist bei den Königen, aber die Macht der Könige sind die Hände und die Mittel des Volks. Man sagt uns: Preußen gebietet über alle diese Mittel, man fragt uns, wollt Ihr Preußen erobern? und wir sagen ja, wir wollen Preußen erobern. Denn wir wissen, daß wir in Preußen, wie in Deutschland Freunde haben groß an der Zahl, denen das sogenannte spezifische Preussenthum fremd ist, welches jetzt die Oberhand zu haben scheint, und Preussens Politik so undeutsch und freiheitsfeindlich leitet. Wir wissen aber, daß eben so viele Tausend Herzen in Preußen deutsch und vielleicht deutscher schlagen, als das meinige, und daß diese nicht der Meinung dieser Cabinette sind. Wenn wir also nur vorangehen, jeder so viel als an ihm ist mit dem Beispiele treuer Vaterlandsliebe und ehrlich constitutioneller Gesinnung, welche von sich zurückstößt solche Trug- und Trost-Bündnisse, dann wird auch Preußen einen andern Weg einschlagen müssen und das unsrige sein. Halten wir an dem Recht, Gott schützt das Recht. Ich stimme gegen den Anschluß.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 14. September 1849.

N^o 74.

Die Deutsche Frage.

Die Minderheit des Landtags, welche für den Anschluß an das Dreikönigsbündniß stimmte, hat dies zum großen Theile schweigend gethan, ohne in der öffentlichen Verhandlung mit ihren Gründen hervorzutreten. Dieser Umstand hat die Veranlassung gegeben, daß im Namen mehrerer jener Abgeordneten, in einer Beilage zu den wöchentlichen Anzeigen über die „deutsche Frage“ eine Erklärung abgegeben worden ist, welche ihre Gründe enthalten soll. Wir ergriffen das Blatt mit Neugier, aber es war das alte bekannte Lied, was wir schon so oft gehört haben von der Partei, welche im Volke mit dem Namen „Ausreißer“ bezeichnet wird; die Politik der Furcht und des Entgegentriehens gegen Preußen, wodurch schon so viel Unglück über Deutschland gebracht worden ist und wodurch es mit dem Uebermuth der preussischen Adelspartei so weit gekommen ist, daß in der preussischen Kammer öffentlich gesagt werden konnte: das Lied vom deutschen Vaterlande sei kein Lied für preussische Soldaten! Soll es dahin auch kommen mit unseren Oldenburgischen Soldaten, nach dem Willen unserer Anschlußfreunde? Ach nein, sie lassen uns das Beste hoffen von dem Preußenbündniß, wenn wir nur so leichtgläubig wären. Aber wir haben am 1. September die klaren lichtvollen Reden der Gegner des Ausschusses gehört, wir sind jetzt besser unterrichtet und lassen uns nicht mehr täuschen.

Die Erklärung sagt: der Berliner Entwurf enthalte „das Wesentliche von demjenigen, worauf die Bewegung des Jahres 1848 hauptsächlich (?) gerichtet war“. — Wir aber halten dafür, daß die Rückkehr zu absoluter Fürstengewalt, zu Adels- und Standesvorrechten, so wie die Unterdrückung aller Freiheit und Rechte des Volkes das Ziel ist; daß wahrhafte Volksvertretung, so wie Pressfreiheit und Petitionsrecht nicht gewährt sind, daß

unser Staatsgrundgesetz in seinen wichtigsten Theilen, nämlich die Grundrechte, uns verloren gehen, wenn wir dem Bündnisse beitreten und was uns geboten wird an Vortheil durch gleiche Münze, Maße und Gewichte; das scheint doch zu unerheblich, um in die Waagschale gelegt zu werden.

Wir sollen uns dennoch damit trösten, daß der Entwurf dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden wird, so daß er:

„den Character eines reinen Fürstenwerks verliert und als ein förmlicher Vertrag zwischen Volk und Fürsten sich darstellt“.

Aber wir wissen, daß wir von dem Reichstage gar keine Verbesserungen des Entwurfs zu hoffen haben; denn wir wissen, daß es Gesetz des Bündnisses ist, daß keine Veränderung an dem Entwurfe vorgenommen werden kann, ohne daß sämmtliche Fürsten ihre Zustimmung geben. Außerdem werden nicht die Freunde des Volkes in den Reichstag kommen können, wegen des unpreussischen Wahlgesetzes.

Dagegen wird gesagt:

„Ist der Geist im Volke der rechte, so werden trotz der großen Mängel des Wahlgesetzes dennoch die rechten (?) in das Volkshaus gewählt werden.“ — und „wenn nur das Volk redlich thut, was an ihm ist, bietet sich Aussicht, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen“.

Das arme Volk! es soll seine Schuldigkeit thun mit gebundenen Händen, es soll seinen guten Geist offenbaren mit verstopftem Munde!

„Das Wahlgesetz ist nur ein provisorisches“.

Als ob nicht die Wahl zum ersten verfassunggebenden Reichstage, welcher uns unter den Berliner Entwurf knechten soll, die allerwichtigste wäre.

„Von dem ersten Reichstage ist ein vereinbartes (?) besseres (?) Wahlgesetz unfehlbar (?) zu erwarten“.